

Als die Westreklame nach Wismar kam

# Eine Billion für blühende Landschaften

Fotografien von  
**Siegfried Wittenburg**

Schriftenreihe der „Freunde und Förderer  
des Archivs der Hansestadt Wismar e.V.“ Band 11



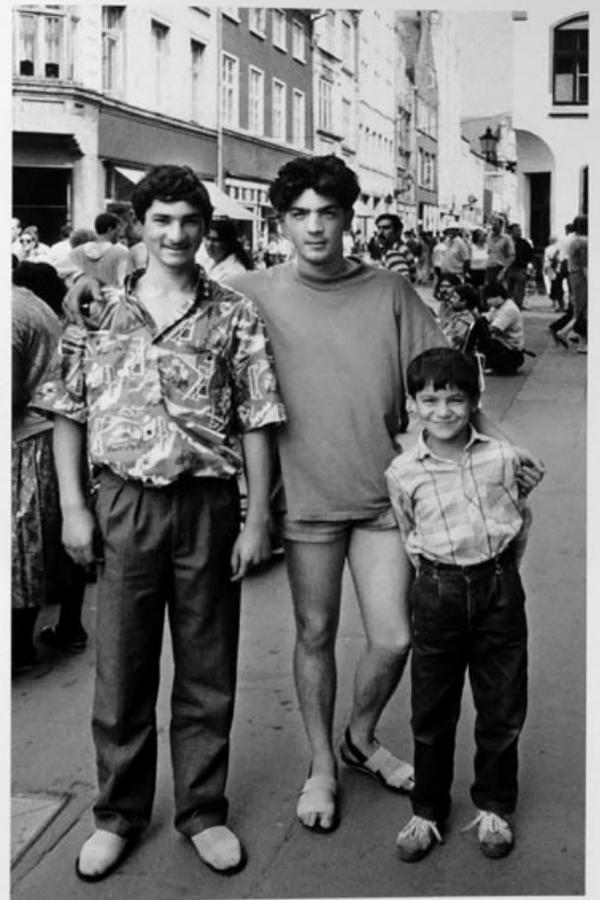
# 1991



23 | Schulstraße



65 | Kleine Hohe Straße



66 | Lübsche Straße (heute Rudolph-Karstadt-Platz)

Rosemarie Wilcken  
Erinnerungen  
der ehemaligen  
Bürgermeisterin

„Wir waren  
hoch motiviert,  
lernfähig und wild  
entschlossen.“

Trotz ihrer jahrzehntelangen Vernachlässigung und dem teilweisen Verfall hatte meine Heimatstadt Wismar seit dem Zweiten Weltkrieg zu keinem Zeitpunkt ihren Charme verloren. Ihre Einzigartigkeit liegt zweifellos an ihrem mittelalterlichen Stadtgrundriss und der Quartiers- und Parzellenstruktur, an der Straßenrandbebauung mit der Giebelständigkeit ihrer Bürgerhäuser, an den großartigen Backsteinkathedralen und an dem bis in die Innenstadt hineinragenden Ostseehafen.

Wismar ist ein exzellentes Lehrstück für Stadtbaukunst und Baukultur. Abweichend von meiner Lebensplanung wechselte ich 1990 hauptsächlich in die Kommunalpolitik. Vielleicht gerade deshalb waren die folgenden 20 Jahre für mich eine spannende und glückliche Zeit. Das war wie ein Start von der Nulllinie.

1990 war der Erwartungsdruck der Bürger beispiellos. Es war nicht nur das Streben nach der D-Mark, es waren viele Forderungen und Wünsche zur Verbesserung der Lebenssituation für jeden Einzelnen und die gesamte Gesellschaft. Dazu gehörte auch der Wunsch nach der Rettung der Altstadt.

Viele Probleme waren gewaltig. Sie erforderten gleichzeitig rasches Handeln, aber auch gründliche Abwägungen.

Mit meinem Amtsantritt 1990 wurde mir die Aufgabe übertragen, die kommunale Selbstverwaltung sicherzustellen. Es stand die Frage im Raum: Was um Himmels willen ist die „Kommunale Selbstverwaltung“? Sie hatte es seit 1932 nicht mehr gegeben und es war niemand da, der sich damit auskannte.

Die Hauptaufgaben der Vorgängerverwaltung: Wohnraumlernung, Handel und Versorgung mit Nahrungsmitteln und Konsumgütern und Gesundheitsfürsorge entfielen beim Systemwechsel von sozialistischer Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft. Hinzu kam, dass die bisherige Stadtverwaltung mit Rückendeckung aus der Verfassung der DDR ohnehin über das Kreissekretariat der SED gesteuert wurde.

Ab sofort galt es nun, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Als Instrumente standen dafür Finanzhoheit, Planungshoheit, Personalhoheit, Organisationshoheit und Satzungshoheit zur Verfügung. Dass wir keine Ahnung auf dem Gebiet der Verwaltung hatten, beeindruckte weitere Seiteneinsteiger und mich wenig, wir waren hoch motiviert, lernfähig und wild entschlossen.

Unterm Strich hieß das, zu allen Themen einen rechtskonformen Vorschlag in der Verwaltung zu erarbeiten und politische Mehrheiten in der Vertretung zu organisieren. Politik, auch Kommunalpolitik, ist in der Regel die Abfolge von Kompromissen.

Das mit der Finanzhoheit glich 1990 eher einem Witz. Bis zur Investitionspause ab dem 3. Oktober 1990 war die Stadt quasi mittellos und ohne eigene Einnahmen. Sie war auf Einzelzuweisungen der Bezirksbehörde angewiesen, das Land Mecklenburg-Vorpommern gab es erst ab Herbst 1990. Ausgerechnet am Neubeginn konnten deshalb kaum Investitionen ausgelöst werden.

Als einen der ersten Beschlüsse des Senats zur Stadt-sanierung in der allerersten Senatssitzung erinnere ich mich an die Beauftragung zur Abfräsung der „Hochstraße“ zwischen Kreisel und Philipp-Müller-Straße. Dort hatte man 1979 so viele Betonschichten übereinandergelegt, dass die Fahrbahn deutlich über dem Bankett, also dem Streifen neben dem Belag, und dem Fußweg lag und zwischen den einzelnen Platten breite und tiefe Stöße klafften, die das Befahren erschwerten.

Damit waren fast alle finanziellen Möglichkeiten erschöpft. Wenigstens die Ausübung der Planungshoheit war zielführend und in der Regel am ehesten konsensfähig. Die ersten Monate wurden deshalb sehr intensiv für die Erstellung von Bauleitplänen, Satzungen, Grundsatzbeschlüssen und zur Erstellung von Konzepten genutzt. Es erwies sich, dass einige davon wie der Rahmenplan Altstadt und die Ausweisung von Sanierungsgebieten eine gute Vorarbeit für später waren und dann in den Folgejahren zum Fundus für die Stadtentwicklung wurden.

Der Amtsleiter des Stadtplanungsamtes postulierte unglücklicherweise ein Leitbild von der „Steinernen Stadt“. Das entsprach weder den Beschlusslagen noch dem Stand der Diskussion und war deshalb jahrelang irreführend. Der Höhepunkt dieser Fehlentwicklung ist die Gestaltung des Brunnens am Hopfenmarkt. Einer „Steinernen Stadt“ widerspricht auch die jahrhundertlang gepflegte Stadtkultur, die straßenseitig Schaugiebel auswies und ins Quartier hinein Bürgergärten, in den Handwerkerquartieren neben den Gärten Werkstätten und Lagergebäude umfasste.

Eine hohe Unsicherheit in der Stadtentwicklung entstand durch das Vermögensgesetz. Bis zum 31. Dezember 1992 konnten vermögensrechtliche Ansprüche ehemaliger Eigentümer geltend gemacht werden. Die Rückgabe erfolgte





Tschüss, St. Georgen.